

Nr. 25 · März/April 2010 · Informationen der Linksfraktion Bochum

Der diesjährige 8. März steht in Bochum unter dem Motto „Frauen und Gesundheit“. Bei vielen stellt sich, wenn sie dies hören, die Frage: „Warum dem Thema einen eigenen Weltfrauentag widmen?“

Wenig wird darüber gesprochen, dass Frauen und Männer unterschiedliche Ansprüche an Gesundheitsvorsorge haben, dass Medikamente auf die Geschlechter unterschiedliche Wirkungen entfalten (können) und welche Krankheiten möglicherweise geschlechterspezifisch unterschiedlich behandelt werden sollten.

Doch ist es bis heute so, dass 70% aller Medikamentenabhängigen Frauen sind, dass doppelt so viele Frauen wie Männer regelmäßig Beruhigungsmittel nehmen und dass Frauen deutlich häufiger als Männer an psychosomatischen Störungen und funktionellen Beschwerden ohne organische Befunde leiden. Weltweite Studien



© pixelio, dutschulz

Gesundheit! Frauen!

haben herausgefunden, dass Ursache, Ausgestaltung, Ausprägung, Symptomatik und Empfindung von Krankheiten bei Frauen und Männern unterschiedlich sind.

Trotzdem orientieren sich krankheitsbezogene Studien zu Ursache, Diagnosestellung, Therapie und Behandlungserfolgen vor

allem an der männlichen Biologie. Aber auch die unterschiedlichen Lebenssituationen müssen differenzierter in diese Betrachtungen einbezogen werden.

Frauen gehen weniger häufig einer Erwerbsarbeit nach als Männer, führen tendenziell andere und in der Hierarchie niedrigere Berufe aus und sie sind wesentlich häufiger von Doppel- und Dreifachbelastungen durch Beruf, Familie und Hausarbeit betroffen. Frauen werden älter und entwickeln damit häufiger mit dem Alter korrelierende Krankheiten.

Diese unterschiedlichen Bedürfnisse wurden auf verschiedenen Ebenen erkannt. Seit einigen Jahren gibt es eine geschlechterspezifische Gesundheitsberichterstattung auf Landes-, Bundes- und Europaebene. Auch hier wurde festgestellt, dass die Bedürfnisse von Frauen und Männern in Bezug auf ihre Gesundheitsversorgung

durchaus unterschiedlich sind und dass Frauen zwar mehr Beschwerden äußern, ihren Körper aber bewusster wahrnehmen und insgesamt gesundheitsbewusster leben.

All diese Punkte rechtfertigen es unserer Auffassung nach, (wenigstens) einen Tag dem Thema „Frauen und Gesundheit“ zu widmen.

Wichtig scheint es uns, dass Frauen als Patientinnen besser

über ihre Möglichkeiten informiert werden, dass sie bewusst zwischen verschiedenen Behandlungsalternativen wählen können.

Bochum hat bezüglich des Themas „Frauengesundheit“ ein breit gefächertes Beratungsangebot. Dieses gilt es, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu erhalten. Gerade einzigartige Projekte wie das Frauengesundheitszentrum (FGZ), das es in einer solchen Form nirgendwo sonst in NRW gibt, sollten weiter gefördert werden.

In einem Bericht der WHO heißt es: „Gesundheitsförderung ist primär eine Aufgabe im Gesundheits- und Sozialbereich und keine medizinische Dienstleistung.“ Wünschenswert, dass diese Auffassung in Zukunft nicht nur bei der WHO, sondern auch in unserer Stadt vertreten wird.

Anna-Lena Orłowski

8. März 2010

Wie in den vergangenen Jahren auch stellen Bochumer Frauengruppen und Verbände am Internationalen Frauentag ihre Arbeit vor. Die Infobörse findet auf dem Rathausvorplatz von 15 bis 17 Uhr statt. Zudem gibt es eine moderierte Expertinnenrunde zum Thema Frauengesundheit.

Am Samstag, den 13. März finden nachmittags zahlreiche Veranstaltungen rund um die Frauengesundheit in den Räumen der VHS statt.

Mehr Infos dazu unter www.bochum.de/bochumer_frauenwochen



Erste LINKE BürgerInnen- sprechstunde in Südwest

Am Mittwoch, den 10. Februar fand die erste BürgerInnen-sprechstunde der LINKEN in der Bezirksvertretung Südwest statt.

Die Bezirksvertreterin der LINKEN, Petra Malik, hatte alle Interessierten eingeladen, sich bei einem heißen Getränk und Gebäck direkt mit ihr auszutauschen. Auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Rat der Stadt Bochum, Anna-Lena Orlowski, stand an diesem Abend für Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Die Bezirksvertretung Südwest stellt Petra Malik dankenswerterweise einen Raum zur Verfügung, in dem unsere Bezirksvertreterin regelmäßig BürgerInnensprechstunden anbieten kann. Zu diesen Sprechstunden können die BürgerInnen ab dem 14. April jeden zweiten Mittwoch im Monat von 18 bis 19 Uhr in Zimmer 5 der Bezirksverwaltungsstelle Weitmar kommen. Die nächste Sprechstunde findet abweichend vom genannten Turnus am Dienstag, dem 9. März, statt.

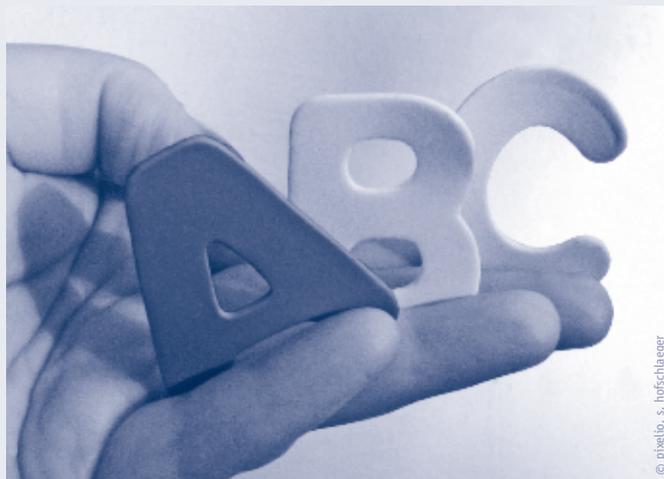
Die Bezirksverwaltungsstelle Weitmar ist das große Gebäude neben dem Bürgerbüro, Hattinger Str. 389, erreichbar mit der Bahnlinie 308/318, Haltestelle „Weitmar Mitte“.



Nur 88 Anmeldungen (3,4%) für sieben Hauptschulen: Bochums Eltern wollen eine neue Struktur für die Schule nach Klasse 4.

Die Gesamtschulen können erstmals alle Kinder (27%) aufnehmen, nicht immer an der gewünschten Schule. Eine der acht Realschulen ist bei sinkenden Schülerzahlen langfristig in ihrer Existenz bedroht. Wenn schon 9- und 10-Jährige fürs künftige Leben sortiert werden, wählen viele Eltern (47%) die Schule mit dem größten Marktwert: Die Gymnasien bleiben voll.

Die künftige Schulstruktur steht im Mittelpunkt LINKER Politik. 2009 schreibt Bochum den Schulentwicklungsplan fort. DIE LINKE will „Eine Schule für alle“, in der alle Kinder bis zur 10. Klasse – in kleinen Gruppen differenziert gefördert – gemeinsam lernen. Die Sortiermaschine



© pixello, s. hofschlaeger

Eine Schule für alle Länger gemeinsam lernen

nach Klasse 4, die nach unten den Stempel der Hoffnungslosigkeit verteilt, gehört auf den Müllhaufen der Schulgeschichte.

Bochum braucht Ganztagschulen, damit sie besser fördern können. Mehr als 1 Milliarde Euro werden jährlich in Deutschland

für private Nachhilfe ausgegeben, für die Schulen ein Armutszeugnis und für arme Kinder eine Fortsetzung ihrer geringeren Bildungschancen. Kleinere Klassen und integrierte Förderung müssen das Qualitätsmerkmal der gemeinsamen Ganztagschule sein.

Ralf Feldmann

Mehr Transparenz für Haushalt 2010!

Seit die Bezirksregierung in Arnsberg bestimmt hat, dass die Stadt Bochum jährlich mindestens 140 Mio. Euro einsparen muss, sind insbesondere die verschiedenen Vereine stark verunsichert.

Werden sie dieses Jahr ihre Zuschüsse erhalten oder sind ihre Aktivitäten durch die finanzielle Situation der Stadt gefährdet? Um dieser Unsicherheit zu begegnen, hat die Fraktion der LINKEN in der Februarsitzung des Rates einen Antrag gestellt, in dem sie die Verwaltung damit beauftragen wollte, Verbände, Einrichtungen, Initiativen etc., die ggf. von Veränderungen im Haushalt 2010 betroffen sind, frühzeitig umfassend zu informieren. Im Zuge der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzepts war deutlich geworden, dass die

von Kürzungen betroffenen Einrichtungen nur in Ausnahmefällen vorab informiert bzw. das Gespräch mit ihnen gesucht wurde. Im Sozialbereich war dieser Mangel besonders eklatant, aber auch Sportvereine haben sich über den Umgang mit ihnen und den Haushaltsmitteln beklagt.



© pixello, claudia lautmann

In ihrem Antrag fordert DIE LINKE im Rat zudem einen Einstieg in den Bürgerhaushalt, um mehr Transparenz und Partizipation für die BürgerInnen in Sachen Haushaltsaufstellung zu ermögli-

chen. Für den Haushalt 2010 soll die Verwaltung als ersten Schritt einen Vorschlag unterbreiten, wie den Bürgerinnen und Bürgern der Haushaltsentwurf in den Grundzügen verständlich vorgestellt wird.

Bereits im Oktober 2005 hat der Rat in einem gemeinsamen Antrag von SPD, Grüne, UWG und LINKE (damals noch PDS) beschlossen: „Für die Zeit nach der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) bereitet die Verwaltung einen Einstieg in Richtung Bürgerhaushalt vor, der auf den in anderen Kommunen gemachten Erfahrungen beruht.“

DIE LINKE im Rat möchte, dass nun mit der Umsetzung des Beschlusses begonnen wird.

Unser Antrag wurde einstimmig angenommen. *Bianca Schmolze*

Von Parkkarten und Aufwandsentschädigungen

Bei den Beratungen um das Haushaltssicherungskonzept wurden nicht nur Kürzungen bei Initiativen und Verbänden, Erhöhungen von Gebühren und Entgelten und Einsparungen in der Verwaltung beschlossen; es wurde von der Verwaltung auch vorgeschlagen, dass sich die Politik mit eigenen Beiträgen an den Haushaltskonsolidierungen beteiligen sollte.

Dazu muss man wissen: KommunalpolitikerInnen nehmen ihre Aufgaben ehrenamtlich wahr. Rats- und BezirksvertreterInnen bekommen eine Aufwandsentschädigung, die alle entstehenden Aufwände abdecken soll. Das ist auch richtig: Keiner soll finanziell benachteiligt werden, nur weil er oder sie ein Mandat wahrnimmt.

Die MandatsträgerInnen der LINKEN spenden zudem in der Regel die Hälfte der Aufwandsentschädigungen an die Partei. Die Beträge zur Wahrnehmung



der Aufsichtsratsmandate werden nach Abzug der zu zahlenden Steuern sogar in voller Höhe an die Partei abgeführt.

Deshalb waren die Vorschläge der Verwaltung auch maßvoll: Den Ratsmitgliedern sollte künftig nur noch eine (höhere) Pauschale und nicht mehr wie bisher eine Pauschale plus Sitzungsgeldern

ausgezahlt werden. Dies führt im Durchschnitt zu keinen finanziellen Einbußen, allerdings werden die Verwaltungskosten um 41.000 Euro im Jahr gesenkt, da nicht mehr jede Sitzungsteilnahme erfasst und überprüft werden muss. Zudem sollten keine kostenlosen Parkkarten mehr ausgegeben werden, da alle Ratsmitglieder ohne-

hin eine Fahrkostenpauschale erhalten, die einem Monatsticket der BoGeStra entspricht.

Diese Vorschläge wurden von SPD, CDU und Grünen zurückgewiesen. Das leuchtet der LINKEN nicht ein. Wenn die BürgerInnen Einschnitte ertragen müssen, sollte sich die Politik nicht ausnehmen. Insgesamt handelt es sich bei dem Vorschlag der Verwaltung sowieso nur um einen kleinen aber symbolischen Beitrag der Politik zur Haushaltskonsolidierung. DIE LINKE hat ihre Parkkarten zurück gegeben. *Uwe Vorberg*

Dresden – Nazifrei!

Vor der Januar-Ratssitzung haben die Mitglieder der Linksfraktion an der Solidaritätskundgebung für das Bündnis „Dresden – Nazifrei“ teilgenommen.

Europaweit hatten Nazis zu einer Demonstration nach Dresden am 13. Februar mobilisiert. Ein sehr breites Bündnis hatte dazu aufgerufen, den Aufmarsch durch Blockaden zu verhindern. Das entsprechende Plakat wurde in Dresden beschlagnahmt, Menschen, die es aufhängten, kurzzeitig inhaftiert. Aus Solidarität haben verschiedene Initiativen und Verbände, darunter die Linksfraktion und DIE LINKE Bochum das Plakat in ihren Schaufenstern aufgehängt.

Aufmarsch erfolgreich verhindert: Zwölftausend Menschen aus Dresden und aus der ganzen

Bundesrepublik verhinderten zum ersten Mal den jährlichen Nazi-Aufmarsch in der sächsischen Landeshauptstadt. Über Stunden besetzten sie Straßen und Plätze in der Nähe des Neustädter Bahnhofs.

Gegen 17.00 Uhr kam dann die Erfolgsmeldung: Die Polizei bricht die Nazi-Veranstaltung wegen der Proteste ab. Die Strategie der Einschüchterung im Vorfeld hat den Dresdner Behörden nichts genutzt.

Ganz im Gegenteil: Eine Menschenkette und eine Demonstration tausender Menschen in die Neustadt führten letztendlich zur erfolgreichen Blockade. Zu den Massenblockaden hatten auf Initiative des antifaschistischen Bündnisses „No pasaran“ ein bundesweiter Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Initiativen, Parteien, antifaschi-



stischen Gruppen und Gewerkschaften aufgerufen. In den vergangenen Wochen hatten die Dresdner Behörden Plakate des Bündnisses beschlagnahmt und Kundgebungen verboten lassen, doch dies hielt trotz allem tausende Menschen nicht davon ab, sich den Nazis entgegen zu stellen.

Dresden wird hoffentlich Vorbild von Protest gegen Nazis sein und Motivation für starken Gegenwind zu „Pro NRW“. Mit uns ist auf jeden Fall zu rechnen, auf der Straße und überall.

Aygül Nokta

Eine Lampe für Pro Asyl

DIE LINKE hat nach der Kommunalwahl zum ersten Mal auch Aufsichtsratsmandate bei städtischen Töchtern/Beteiligungen erhalten (siehe letzte Ausgabe).

Die finanziellen Zuwendungen werden an die Partei abgeführt. Doch was macht man mit Weihnachtsgeschenken, die nicht nur in einer Flasche Wein bestehen? Ein digitaler Bildschirm im Wert von über 100 Euro ging an eine Kindertagesstätte. Die sinnvolle Verwendung einer Designerlampe von Foscarini im Retrolook fiel schon schwerer.

Dankenswerterweise bekamen wir von terre des hommes einen hilfreichen Hinweis: Die SozialAktien-Gesellschaft in Bielefeld versteigert bei Ebay „überflüssige“ Dinge zugunsten gemeinnütziger Organisationen. Das lohnt sich natürlich erst ab einem bestimmten Wert der Gegenstände. Wir haben diese Möglichkeit gerne genutzt und die Lampe nach Bielefeld geschickt, der Erlös soll Pro Asyl zu Gute kommen.

Mehr Infos zur SozialAktien-Gesellschaft im Internet unter www.sozial-ag.de.

Kinderarmut ist mitten unter uns!

Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes, die auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert worden ist, sichert Kindern das Recht auf Bildung, Gesundheit, Ge-

waltfreiheit, ausreichende materielle Versorgung und Teilhabe zu. Eine solche Konvention zu verabschieden ist das Eine und sie in praktische Politik umzusetzen das Andere.

das „politische Prosa“ und trifft damit genau den Punkt.

Kinderarmut ist in unserem Land und auch in Bochum mittlerweile alltäglich. Die Armut in jungen Jahren wächst auch in unserer Stadt weiter und ist das größte Hindernis für gleiche Entwicklungsbedingungen und Bildungschancen unserer Kinder.

In Bochum beziehen gut 20% der unter 18-Jährigen Leistungen nach Hartz IV, von den unter

Materielle familiäre Armut stellt einen großen Risikofaktor für mangelnde Verwirklichungs- und Teilhabechancen von Kindern dar. Die Folgen dieser Armut sind für die Kinder besonders gravierend,



weil sie sich nicht aus eigener Kraft der Armut entziehen können. Und selbst bei größtem Bemühen sind auch die Eltern nicht dazu in der Lage, weil auf der Basis prekärer Beschäftigung, Leiharbeit und Minilöhnen eine Familie schlecht zu versorgen ist.

Ständig hebt die Politik die Bedeutung der Kinder für die Zukunft hervor, ohne aber ausreichend in Betreuung, Bildung und gesundes Aufwachsen in einem intakten familiären und sozialen Umfeld zu investieren. Der DGB-Vorsitzende NRW, Guntram Schneider, nennt

3-Jährigen sind es fast 30%, von den 3- bis 6-Jährigen sind es gut 25%, bei den ausländischen Kinder sind es gut 50%.

DIE LINKE im Rat will und wird das nicht hinnehmen. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder Vorschläge gemacht, die die Lebenssituation ein wenig erleichtert hätten, erinnert sei an die Lernmittelbefreiung. Doch unsere Vorschläge wurden allesamt abgelehnt. Das wird uns allerdings auch in der Zukunft nicht davon abhalten, hier weiter aktiv zu sein. *Ernst Lange*



Jung und arm Kinderarmut in Bochum

Informations- und Diskussionsveranstaltung

Am Mittwoch, den 17. März 2010 von 18 bis 20 Uhr, im Gemeindesaal der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne, Erich-Mendel-Platz 1, 44791 Bochum.

Was sind die Ursachen für Kinderarmut? Gibt es politische Lösungen oder hilft nur noch der individuelle Ansatz z.B. über die Tafeln? Diese Fragen wollen wir mit PolitikerInnen aus Land und Stadt und allen Interessierten diskutieren.

Themen, ReferentInnen, Ablauf:

- 18.00 Begrüßung
 - Uwe Vorberg
 - Linksfraktion, Bochum
 - 18.15 Ursachen für Kinderarmut
 - Kurzreferat von:
 - Dr. Carolin Butterwegge,
 - DIE LINKE. NRW
 - 18.30 Kinderarmut in Bochum
 - Kurzreferate von:
 - Britta Anger, Sozialdezernentin
 - Rolf Geers, Kinder- und
 - Jugendring der Stadt Bochum
- Anschließend Diskussion
20.00 Ende

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen!

Wir sind für Sie da

Montags bietet unsere Bürger-Innensprechstunde von 17 – 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Rats- und Ausschussmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1–3 persönlich und telefonisch unter 910 – 12 95 zur Verfügung.

8.3.: Aygül Nokta, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Migration und Integration

15.3.: Ralf Feldmann, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft

22.3.: Anna-Lena Orlowski, Mitglied des Rates, des Ausschusses für Kultur / Sport und des Jugendhilfeausschusses

12.4.: Uwe Vorberg, Mitglied des Rates, des Haupt-/Finanzausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Stadtentwicklung

19.4.: Bianca Schmolze, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Bürgeranregungen

26.4.: Ernst Lange, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum
Uwe Vorberg (V.i.S.d.P.)
Altes Postgebäude
Willy-Brandt-Platz 1 – 3,
44777 Bochum
Tel.: 0234 – 910 12 95 / 12 96
Fax: 0234 – 910 12 97
linksfraktion@bochum.de
www.linksfraktion-bochum.de

Fotos: pixelio (S.1,2,4), Linksfraktion Archiv (S.3), Stadt Bochum, Presse- und Informationsamt (S.2), Stefan Nölle (S.3), aboutpixel (S.4)

LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____ Postleitzahl, Ort _____

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse:
